

"Herausforderung Soziales Europa – Bilanz und Perspektiven im Wahljahr 2009"

am Dienstag, 3. März 2009 von 18 bis 20 Uhr

im Europäischen Haus Berlin

(Eine Veranstaltung der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin und der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni sowie der Neuberufung der Kommission im Herbst hatte die Veranstaltung das Ziel, die soziale Dimension Europas genauer zu analysieren und Bilanz und Perspektiven aufzuzeigen. Gerade vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise stellt sich die Frage, in wiefern gerade auch die Europäische Union die Folgen auf den Arbeitsmärkten und im sozialen Bereich abfedern kann. Dazu diskutierten Dr. Max Uebe, Mitglied des Kabinetts von Vladimír Špidla der Europäischen Kommission, Dr. Eva Högl, Mitglied des Deutschen Bundestages und Gabriele Bischoff, Leiterin der Europapolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Prof. Dr. Christiane Dienel.

Das Soziale Europa – eine Bilanz

Dr. Max Uebe präsentierte als erster Redner die Initiativen der Europäischen Kommission der letzten Jahre, wobei die jetzige Kommission sich zwei besonderen Herausforderungen gegenüber gestellt sah: der demographischen Entwicklung innerhalb der Europäischen Union sowie den Folgen der Erweiterungen 2004 und 2007.

Dennoch sei die Kommission bis zum Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem im Bezug auf Beschäftigung und Arbeitsrecht erfolgreich gewesen: die Arbeitslosigkeit sei verhältnismäßig niedrig gewesen, die Restrukturierung einzelner Sektoren (z.B. Automobil) sei vorangetrieben, das Konzept von „Flexicurity“ weiterentwickelt, ein Grünbuch zur Arbeitswelt verabschiedet, die überarbeitete Leiharbeiterrichtlinie angenommen, die Europäische Betriebsräte-Richtlinie verändert und die Mobilität von ArbeitnehmerInnen erhöht worden.

Im Bereich Soziales hingegen haben die europäischen Institutionen wenig Kompetenzen, Gesetze und Richtlinien zu verabschieden, so dass sich viele Aktivitäten im Bereich der Koordinierung, oft durch das Instrument der Offenen Methode der Koordinierung abspielen. Hier haben die Schwerpunkte u.a. auf den Themen Demographie, Corporate Social Responsibility und Chancengleichheit gelegen. Zu letzterem sei eine Road Map, die z. B. den Vorschlag zur Verlängerung des Mutterschutzes, die Bekämpfung der Gender Pay Gap sowie den neuen Vorschlag zur Anti-Diskriminierung beinhaltet, ausgearbeitet worden.

Auf diesen Input reagierte die nächste Diskutantin, Dr. Eva Högl mit der These, Europa sei nicht sozial und es müsse noch einiges getan werden, um es sozial zu machen. Dies sei entscheidend, da die Akzeptanz der europäischen Integration bei der Bevölkerung wesentlich von der Ausgestaltung der sozialen Dimension abhängt. Vor allem zu Zeiten der momentanen Wirtschafts- und Finanzkrise sollten die Themen Beschäftigung und Soziales nicht aus den Augen verloren werden. „Gute Arbeit“ und Mitbestimmung seien keine Luxusthemen, die man sich nur zu guten Zeiten leisten könne.

Außerdem streicht Eva Högl die Vorreiterrolle heraus, die Parlamente im Bereich Soziales Europa spielen können, wenn sie das Thema nicht benachteiligen. Damit zielt sie nicht nur auf die Rolle des Europäischen Parlamentes, sondern auch des Deutschen Bundestages ab.

Die nächste Referentin, Gabriele Bischoff stellt zunächst klar, dass Europa schon angeschlagen in die Krise gegangen sei. Das Ungleichgewicht zwischen sozialer und wirtschaftlicher Integration habe sich verstärkt, das soziale Europa sei seit einigen Jahren regelrecht „blockiert“. Verbindlicher sozialer Fortschritt für alle in Europa, dies gelinge immer seltener. Sie räumt ein, dass es zwar zahlreiche Initiativen der Kommission gegeben habe, die die Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit zum Thema hatten. Trotz oder wegen aller Flexicurity-Debatten habe die prekäre Beschäftigung jedoch massiv in Europa zugenommen. Wenig hilfreich sei es zudem, wenn große Mitgliedstaaten wie Deutschland, die zwar verbal mehr soziales Europa fordern, im Rat bei der Verhandlung sozialer Richtlinien, wie zur Antidiskriminierung oder zur Arbeitszeit, massiv sozialen Fortschritt ausbremsten.

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise könne Europa jetzt zeigen, dass es bessere Lösungen bereitstellen kann, als die einzelnen Mitgliedstaaten. Deshalb ruft sie dazu auf, den EU-Beschäftigungsgipfel am 07. Mai nicht für Sonntagsreden sondern zur Debatte über die sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen der Krise inklusive notwendiger Maßnahmen zu nutzen. Außerdem verdeutlicht sie, dass bei der Frage, was Europa tun kann, um europäische Probleme zu lösen, stets die Frage zu stellen sei, wer die relevanten Akteure sind und wer blockiere. So sei zum Beispiel das Europäische Parlament ein wichtiger Bündnispartner, der im Falle der Dienstleistungsrichtlinie dazu beigetragen habe, dass diese weniger schädlich ist als in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehen.

Max Uebe verdeutlicht ebenfalls die Rolle einzelner Akteure. So können einige Vorhaben durch die Blockadepolitik im Rat nicht umgesetzt werden, andere Gesetze werden erst durch den EUGH ausgelegt. Auch habe die zur Zeit eher konservative Zusammensetzung der Kommission, sowie auch des Rates und des Parlamentes Einfluss auf Anzahl und Charakter der Aktivitäten im Bereich Arbeit und Soziales. Die Aufgabe der Kommission sei es in diesem Gefüge, in dem außerdem verschiedene nationale Sozialstaatsmodelle aufeinander treffen, Lösungen „aus einem Guss“ zu schaffen. Er ruft dazu auf, Vorschläge für den anstehenden Beschäftigungsgipfel zu machen, in dessen Vorfeld Regionalkonferenzen zur Vorbereitung stattfinden.

Pulverfass Dienstleistungsrichtlinie

Nach dieser allgemeinen Einführung lenkt die Moderatorin die Diskussion auf das konkrete Beispiel der Dienstleistungs- und Entsenderichtlinie. Gabriele Bischoff kommentiert dies als erste dahingehend, dass der EuGH mit seinen Urteilen (Laval, Viking, Ruffert) die Marktfreiheiten über die sozialen Grundrechte gestellt und diese damit ausgehebelt habe. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ müsse gelten. Auch das Europäische Parlament haben eine Klarstellung diesbezüglich gefordert.

Daraufhin macht Eva Högl deutlich, dass man nicht europakritisch sei, sondern dass es darauf ankomme, wie Europa ausgestaltet sei. Dazu sei es zunächst einmal entscheidend, dass der Lissabon-Vertrag verabschiedet werde. Sie unterstreicht

außerdem noch mal die Rolle des Europäischen Parlamentes. Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse gerade nicht unbedingt für ein sozialeres Europa sprechen, habe man am Beispiel der Dienstleistungsrichtlinie doch gesehen, welchen Einfluss es haben kann. Daher ist es für jeden Einzelnen unerlässlich, sich einzubringen und sich an den anstehenden Wahlen zu beteiligen.

Von Akteuren und Kompetenzen

In der anschließenden Diskussion spielten vor allem die Frage nach Kompetenzen sowie Haltung der Europäischen Kommission gegenüber einem Sozialen Europa, die Frage nach der Rolle der nationalen Parlamente sowie einzelne Fachpolitiken eine Rolle.

Zu dem ersten Punkt weist Max Uebe noch mal auf die beschränkte Kompetenz der Kommission im Bereich Soziales hin. Die angesprochenen EuGH-Urteile kommentiert er dahingehend, dass in diesem Falle das Primär- nicht das Sekundärrecht verändert werden müsse. Eva Högl fügt dem hinzu, dass sich Europa dennoch zum sozialen Fortschritt bekannt habe und dem nun auch gerecht werden müsse. Gabriele Bischoff ergänzt, dass politische Korrekturen dringend notwendig seien, im Primär- wie im Sekundärrecht - da die Entsendung von ArbeitnehmerInnen zunehmen und die internationale Wirtschaftskrise viele Probleme verschärfen werde.

Aus Sicht der Abgeordneten Högl könnte eine Konsequenz tatsächlich sein, mehr Kompetenz auf die Europäische Ebene zu übertragen. Nur so könne die Schiefelage zwischen Wirtschaft und Sozialem in Europa korrigiert werden, die auch darauf zurückzuführen sei, dass unterschiedliche Akteure darüber entscheiden.

Darüber hinaus müsse das Interesse an Europa in den nationalen Parlamenten erhöht werden. Nicht nur im Europaausschuss, sondern immer mehr auch in den Fachausschüssen des Bundestages, müsse man sensibel für und interessiert an Europa sein. Max Uebe unterstreicht zu diesem Thema die Wichtigkeit der Ratifizierung des Lissabonvertrages, da dieser die nationalen Parlamente stärken würde. Außerdem bestünde schon jetzt eine rege Kommunikation zwischen Kommission und nationalen Parlamenten, betont er.

Unter den angesprochenen Einzelaspekten eines Sozialen Europas sei hier nur die Gleichstellungspolitik herausgegriffen. Während man sich auf dem Podium einig ist, dass Frauenpolitik in der EU eine Erfolgsgeschichte sei, glaubt ein Teil, dass das Thema unter der jetzigen Kommission vernachlässigt worden sei.

Zur Wahl für ein Soziales Europa

In der Abschlussrunde zogen die Diskutanten noch mal eine kurze, durchwachsene Bilanz des Sozialen Europa. Von viel erreicht bis stets bemüht bei sehr schwankenden Leistungen reichten die Positionen. Auf jeden Fall sind die Erwartungen vor allem im Wahljahr 2009, das geprägt ist von einer internationalen Wirtschaftskrise, hoch. Gerade deswegen ist es wichtig, dass ArbeitnehmerInnen sich an den Europawahlen im Juni 2009 beteiligen, da das Europaparlament eine EU-Institution ist, in der nicht nationale Interessen dominieren. Es kann auch in Zukunft glaubwürdiger Akteur bei der Ausgestaltung eines Sozialeren Europas sein.

(Julia Bläsius, 12.03.2009)